

## Braucht die Schweiz eine Zahnpflegeversicherung?



**Editorial** Die Waadtländer Parteien der äussersten Linken haben eine Initiative lanciert, welche eine obligatorische Versicherung für Zahnbehandlungen verlangt. Dieses Volksbegehren könnte auch nationale Auswirkungen haben, der SSO-Vorstand verfolgt die Entwicklung aufmerksam.

Die Finanzierung orientiert sich nicht an der Krankenversicherung (KVG), sondern am AHV-Modell: Vorgesehen ist eine paritätische Abgabe auf den Einkommen, insgesamt ein Lohnprozent. Die Prämie ist also in Wahrheit eine Steuer. Sie kündigt ideologisch weit ambitioniertere Projekte an.

Die Initianten sehen in der SSO einen entschlossenen Gegner, der seine Standesinteressen und die Anwendung einer undurchsichtigen Tarifordnung verteidigt, selbstverständlich auf Kosten der Öffentlichkeit. Sie möchten erreichen, dass eine staatliche Kontrolle oder eine Drittorganisation (analog Tarmed) unseren Berufsstand endlich zur Ordnung ruft.

Die Realität ist eine andere. Wir Zahnärztinnen und Zahnärzte SSO sind fest davon überzeugt, dass unser Schweizer Modell, das auf der Selbstverantwortung des Individuums gründet, zu einer guten Zahn- und Mundgesundheit der Bevölkerung beigetragen hat. Wir betrachten die Versicherungsmodelle der Nachbarstaaten mit grosser Skepsis: Ihre schlechten Ergebnisse dienen weder den Bürgern noch den öffentlichen Finanzen.

Unsere soziale Verantwortung ist unbestreitbar, aber wir befürworten gezielte Massnahmen für jene, die Hilfe brauchen. Wir wollen keine kostspielige und ineffiziente Maschinerie in Gang setzen, die eine Mehrheit der Bevölkerung nicht wünscht und vor allem nicht benötigt. **Olivier Marmy**